

Moderne synergetische Industriepolitik und der EuroStack

Paul Timmers, Derk Oldenburg, Georg Serentschy

Paul Timmers, WeltWert®, iivii, Brüssel

Derk Oldenburg, WeltWert®, Oldenburg Consulting GmbH, Berlin

Georg Serentschy, WeltWert®, Serentschy Advisory Services GmbH, Wien

Industriepolitik wird gegenwärtig einer umfassenden Neubewertung unterzogen. Geopolitischer Druck in Verbindung mit hochgradig transformativen und disruptiven Technologien, die die Souveränität bedrohen, erfordern eine neue Industriepolitik. Diese soll gegenseitig verstärkende, synergetische politische Interventionen wie Forschung und Entwicklung, Handel, Marktzugang und präferenzielle öffentliche Auftragsvergabe (Buy European) kombinieren. Industriepolitik soll wirtschaftlicher Stärke und Wettbewerbsfähigkeit sowie auch Sicherheit, Demokratie und ökologischen und sozialen Belangen dienen. Dies wurde zu einer Notwendigkeit für die EU im digitalen Bereich, und das Streben nach digitaler Souveränität und digitaler strategischer Autonomie wurde damit zu einer Sache höchster Priorität. Die *EuroStack-Initiative* ist eine aktuelle Antwort auf diese Notwendigkeit und veranschaulicht eine moderne, synergetische, digitale Industriepolitik.*

1. Definition und Einordnung der Industriepolitik

Industriepolitik ist „ein bewusstes Bestreben der Regierung [...], die industrielle Entwicklung in bestimmte Bahnen zu lenken“ (Bianchi und Labory, 2020, S. 4).¹ Die Industriepolitik kann auf Investitionen, F&E, Normung, privat-öffentliche Zusammenarbeit, kommerzielles Verhalten usw. einwirken. In diesem Sinne definieren Aggarwal und Reddie (2018) marktschaffende, marktfördernde, marktverändernde und marktsubstituierende Maßnahmen als Wesenselemente der Industriepolitik.

Traditionelle Industriepolitik zielt mit einer Reihe von Maßnahmen auf die Korrektur von Marktversagen ab. Wir unterscheiden zwei Arten von Industriepolitik: 1) eine Politik, die nicht speziell auf die Industrie ausgerichtet ist, sondern das weitere industrielle Umfeld betrifft, wie z.B. Sozialpolitik und Bildungspolitik, oder 2) eine Politik, die speziell auf die Industrie ausgerichtet ist. Dies kann entweder 2a) eine Politik sein, die nicht auf eine bestimmte Industrie ausgerichtet ist, wie z.B. themenoffene F&E-Programme, oder 2b) eine Politik für eine bestimmte Industrie, wie z.B. die öffentliche Beschaffung bestimmter Technologien oder eine

bestimmte F&E-Finanzierung. Abbildung 1, basierend auf Bianchi und Labory (2020), veranschaulicht dies.

Traditionell ging es in der Industriepolitik vor allem darum, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und die Funktionsweise der Märkte zu verbessern.² Lange Zeit war der Begriff *Industriepolitik* auf Grund von Fehlentwicklungen in Verruf geraten oder wurde unter anderen politischen Begriffen versteckt, zumindest in Europa und den USA. Im Wesentlichen geht es bei den Fehlentwicklungen um drei Kategorien:

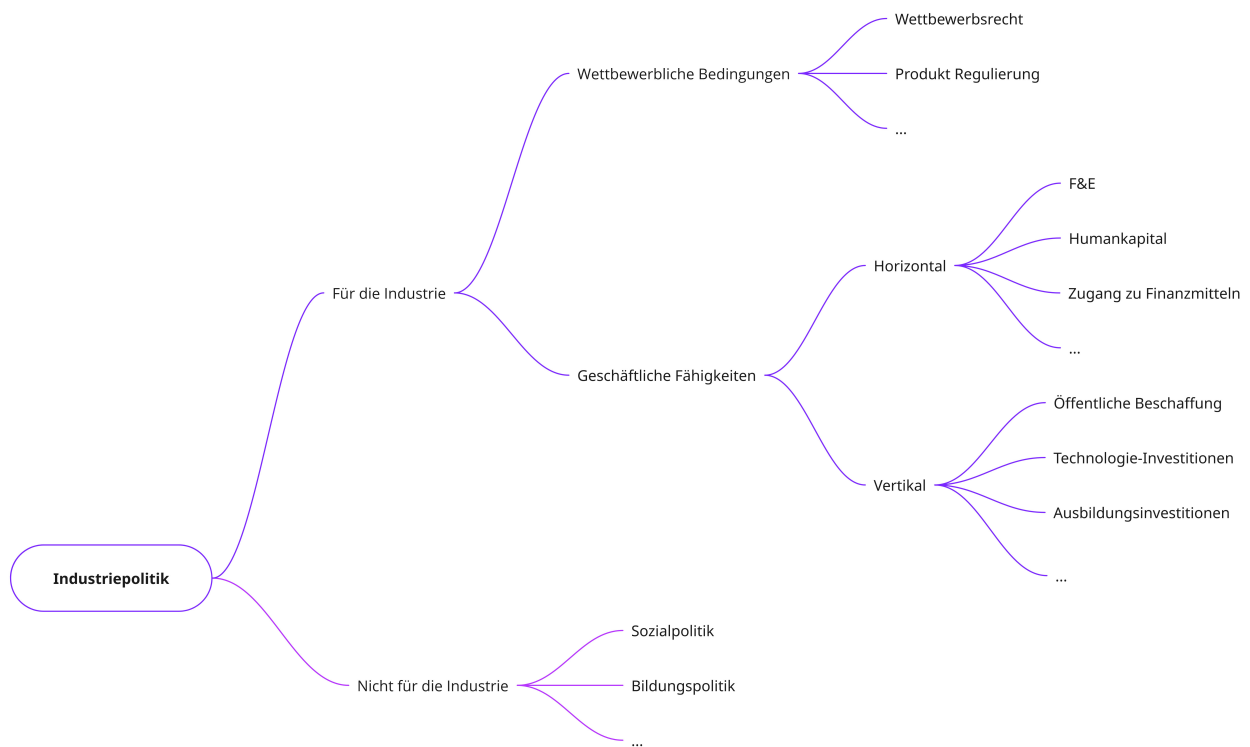
1. *Schutz vor ausländischer Konkurrenz durch hohe Zölle und Handelsbarrieren.* Dies kann jedoch zu Ineffizienzen führen, da die geschützten Industrien keinen Anreiz haben, sich zu modernisieren oder effizienter zu werden. Ein Beispiel hierfür ist die Automobilindustrie in einigen lateinamerikanischen Ländern in den 1970er und 1980er Jahren, wo der Schutz vor ausländischer Konkurrenz zu einer veralteten und ineffizienten Industrie führte.
2. *Subventionen und staatliche Unterstützung* haben auch zu einer Abhängigkeit von staatlicher Hilfe geführt anstatt zu einer selbsttragenden und wettbe-

* Dieser Beitrag wurde ursprünglich auf Englisch verfasst. Eine Rohübersetzung in deutsche Sprache wurde mit Hilfe von *DeepL Pro* erstellt und von Georg Serentschy Korrektur gelesen.

¹ Eine Reihe industriepolitischer Definitionen findet sich in Aiginger und Rodrik (2020).

² Für eine Analyse der Geschichte der Industriepolitik siehe Cohen (2022).

Abbildung 1. Traditionelle Formen von Industriepolitik.



Quelle: Eigene Darstellung.

werbsfähigen Industrie. Ein Beispiel hierfür ist die Landwirtschaft in einigen europäischen Ländern, wo Subventionen zu Überproduktion und Marktverzerrungen geführt haben.

3. *Fehlgeleitete Investitionen* in Industrien, die sich als nicht wettbewerbsfähig oder nicht nachhaltig erwiesen haben. Ein Beispiel hierfür ist die Investition in die Stahlindustrie in Großbritannien in den 1970er Jahren, wo massive staatliche Investitionen nicht verhindern konnten, dass die Industrie aufgrund von Überkapazitäten und internationalem Wettbewerb in Schwierigkeiten geriet.³

Viele asiatische Länder, darunter China, Südkorea und Japan, verfolgten jedoch unverdrossen und mit einer

starken wirtschaftlich nationalistischen Ausrichtung eine erfolgreiche Industriepolitik. Ihr Erfolg wird zunehmend anerkannt und angesehene politische Ökonomen argumentieren, dass Wirtschaftsnationalismus *richtig* gemacht werden kann (Rodrik, 2023).

In letzter Zeit haben andere Ziele begonnen, das industriepolitische Denken stark zu beeinflussen. Das übergeordnete Ziel ist die Stärkung der strategischen Autonomie, interpretiert als die Fähigkeiten oder Kompetenzen, Kapazitäten und Kontrolle (3C)⁴, die zur Sicherung und Stärkung der Souveränität erforderlich sind.⁵

Nach Waltz bedeutet, „dass ein Staat souverän ist, dass er selbst entscheidet, wie er mit seinen internen und externen Problemen umgeht“ (in Art und Jervis, 2016, S. 56).⁶ Strategische Autonomie umfasst auch

³ Mehr dazu findet sich u.a. in den Artikeln von Devarajan (2016) oder Neely (1993).

⁴ 3C steht für Competencies, Capacities and Control.

⁵ Strategische Autonomie wird hier definiert als Fähigkeiten (oder Kompetenzen), Kapazitäten und Kontrolle (3C), um über wesentliche Aspekte von Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie zu entscheiden und zu handeln (Timmers, 2022). Strategische Autonomie in einem bestimmten Bereich, wie z.B. digitale, materielle, gesundheitliche oder finanzielle Autonomie, wird entsprechend gekennzeichnet, d.h. digitale strategische Autonomie, materielle strategische Autonomie usw. Etwas verwirrend ist, dass der Begriff digitale Souveränität oft als Synonym für digitale strategische Autonomie verwendet wird.

⁶ Es gibt viele weitere Definitionen und Beschreibungen von Souveränität, siehe z.B. Biersteker (2012), Klabbers (2021, S. 75), Bickerton et al. (2022) und Glasze et al. (2022). Die Definition von Waltz ist eher absolut, während es in der Realität Grade der Souveränität gibt, was bedeutet, dass auch die strategische Autonomie nicht absolut ist (Timmers, 2021).

Abbildung 2. Strategische Autonomie, wirtschaftliche Sicherheit und Resilienz.



Quelle: Eigene Darstellung.

wirtschaftliche Sicherheit, die das Risiko mindert, dass Abhängigkeiten in der Lieferkette durch rivalisierende Staaten für geopolitische Zwecke ausgenutzt werden könnten. Die wirtschaftliche Sicherheit umfasst auch die Robustheit bzw. Resilienz gegenüber wirtschaftlichen Verwerfungen. Solche Risiken können geopolitische Ursachen haben, wie etwa Vergeltungsmaßnahmen in einem Handelskrieg oder auch kriminelle Aktivitäten wie Ransomware-Angriffe. Auch *natürliche* Ursachen, oftmals verstärkt durch menschliches Handeln, wie Überschwemmungen verstärkt durch den Klimawandel oder eine Pandemie, gehören zu dieser Kategorie. Ein anschauliches Beispiel dafür sind Engpässe, die während der COVID-19 Pandemie weltweit bei den Lieferketten für Arzneimittel auftraten. Resilienz gegenüber diesen Disruptionen ist durch angebotsseitige Schocks bei Energie⁷, Halbleitern und seltenen Erden sowie durch nachfrage- und angebotsseitige Schocks durch Pandemien, Unruhen und Kriege mittlerweile hoch oben auf der Agenda der Politik. Siehe auch Abbildung 2.

2. Geopolitik und Technologie erhöhen den Einsatz

In den letzten zehn Jahren wurde immer deutlicher, dass der wirtschaftliche Neoliberalismus zwar Wirtschaftswachstum und Einkommensverbesserungen für Millionen von Menschen gebracht hat, aber auch erhebliche negative Nebenwirkungen wie die Erosion oder sogar Zerstörung des Sozial- und Umweltkapitals mit sich brachte. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass wirtschaftlicher Fortschritt kein robuster Schutz gegen nationalistische und revisionistische Tendenzen ist, wie z.B. der historische Revisionismus in Russland, der historische Materialismus in China und der Verfassungsoriginalismus in den USA zeigen (Heritage Foundation, 2023). Alle diese Tendenzen sind auch insofern expansionistisch, als sie versuchen, die Europäische Union im Sinne dieser Bestrebungen zu beeinflussen oder sogar zu untergraben.

Insbesondere die Anwendung einer geopolitischen Machtperspektive in den internationalen Beziehungen (Geopolitisierung) und im wirtschaftlichen Bereich, auch in Absprache mit Großunternehmen wie Big Tech (Geoökonomie⁸), wird als Bedrohung der Souveränität in der EU wahrgenommen. Einige Beispiele für Geoökonomie sind:

- Präsident Trumps Androhung wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen (Zölle) gegen Spanien als Nachzügler bei Investitionen in die NATO (Lotz, 2025).
- Exportkontrollen der USA für KI-Chips, um die globale Führungsposition der USA zu erhalten, worauf China mit Exportbeschränkungen für kritische Halbleitermaterialien reagiert (White und Leahy, 2025; White und Liu, 2025).
- Eine explosionsartige Zunahme protektionistischer Handelsinterventionen seit 2020 (Draghi, 2024).
- Sanktionen der USA gegen den Internationalen Strafgerichtshof (ICC), die Berichten zufolge mit Einschränkungen für die Nutzung der von den USA unterstützten Bank-, Versicherungs- und E-Mail-Dienste durch den ICC einhergehen (Carlisle, 2025).⁹
- Chinas Handelssanktionen gegen Litauen, weil es Taiwan erlaubt hat, ein Handelsvertretungsbüro unter seinem Namen einzurichten (Bloomberg, 2023; Bounds, 2021).
- Das Wettrüsten bei Finanzinvestitionen und Talenten in Bereichen wie der Künstlichen Intelligenz,

⁷ Cohen (2022) argumentiert eloquent, dass die Geopolitik und die Energiewende der Industriepolitik neue Legitimität verleihen.

⁸ Geoökonomie ist die Nutzung der wirtschaftlichen Stärke eines Landes, um Einfluss auf ausländische Einheiten auszuüben, um geopolitische oder wirtschaftliche Ziele zu erreichen (Clayton et al., 2025).

⁹ Obwohl der Präsident von Microsoft sagte, dass das Unternehmen seine Dienste für die ICC nicht gekürzt habe (Clark, 2025).

wobei Unternehmen ihre Entwickler aus geopolitisch riskanten Ländern wie China zurückziehen (Olcott et al., 2023).

Der Draghi-Bericht warnt eindringlich davor, dass Europa ein existenzielles Risiko eingeht, wenn es nicht wettbewerbsfähiger und geopolitisch relevanter wird („Europa muss auf eine Welt mit weniger stabilen geopolitischen Verhältnissen reagieren, in der Abhängigkeiten zu Schwachstellen werden“ (Draghi, 2024, S. 7)).

Ein weiterer wichtiger Faktor, der ein Umdenken in der Industriepolitik erzwingt, ist die Technologie, insbesondere die digitalen Technologien wie das Internet selbst, die KI und in naher Zukunft die Quantentechnologien. Erstens stören diese Technologien die physische (d.h. geografische) Grundlage der Souveränität und untergraben damit die traditionelle und auf dem Völkerrecht basierende staatliche Souveränität. Staaten mit Hegemonialbestrebungen (die *Großmächte*) reagieren darauf, indem sie diese Technologien und den technisch-industriellen Komplex, insbesondere Big Tech, mobilisieren, um ihre Macht weit über ihren geografischen Bereich hinaus auszuüben, etwa durch Spionage im Cyberspace oder durch das Angebot globaler Satellitenkommunikation. Nicht-hegemoniale Staaten so wie die EU versuchen, ihre Souveränität auf andere Weise zu schützen, indem sie beispielsweise mit der Auferlegung von Marktzugangsregelungen reagieren.

Zweitens bestimmt die Art dieser Technologien, ob und wie die Länder in den internationalen Beziehungen Macht ausüben können. Zentralisierte Technologien wie die Cloud oder solche, die viel Kapital, Talent oder Energie erfordern wie die KI werden von den Großmächten als Waffe eingesetzt. Völlig dezentralisierte und verteilte Technologien wie die öffentliche Blockchain oder der weltweit kompatible und standardisierte Kern des Internets lassen sich dagegen viel schwerer als Waffe einsetzen.

Die Struktur der betreffenden Technologie und das damit verbundene techno-soziale Ökosystem bestimmen heute das wirtschaftliche und geopolitische Verhalten.

3. Moderne Industriepolitik ist geopolitisch, technologieorientiert und synergetisch

Das traditionelle politische Instrumentarium reicht für die Industriepolitik im Zeitalter von Geopolitik und Technologiedominanz nicht aus. Um wettbewerbsfähig und sicher zu bleiben und die Souveränität der EU zu verteidigen, ist vielmehr eine strategische Kombination meh-

rerer politischer Instrumente erforderlich. Erstens bedeutet dies, dass grundsätzlich das gesamte Spektrum an marktschaffenden, marktfördernden, marktverändernden und marktsubstituierenden Maßnahmen zum Einsatz kommen muss und dass sichergestellt werden muss, dass diese sich gegenseitig verstärken. Zweitens setzt es die Kombination interner Maßnahmen mit externen Maßnahmen, wie Außenpolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik und Handelsmaßnahmen voraus. Drittens erfordert dies eine proaktive Politik und die Fähigkeit, Entwicklungen an der Schnittstelle zwischen Geopolitik und technologischer Entwicklungen vorausschauend einzuschätzen, rechtzeitig zu reagieren und sich anzupassen.

Einige Beispiele dazu:

- Die Regierungen können proaktiv aufkommende Schlüsseltechnologien beobachten, ausländische Direktinvestitionen unter die Lupe nehmen und dabei Schutzmaßnahmen wie die Übernahme von Vorzugsaktien (*Golden Shares*) in ausgewählten jungen Unternehmen in Betracht ziehen (Europäische Kommission, 2020; Timmers und Dezeure, 2021).
- Handelsförderung kann den wirtschaftlichen Nutzen inländischer Regulierung mit entsprechender Standardisierung verstärken, wenn es internationale Spillover-Effekte gibt (z.B. Verstärkung des „Brüsseler Effekts“) (Bradford, 2020).
- Angebot und Nachfrage können angekurbelt werden, indem gleichzeitig in Innovation investiert und der öffentliche Sektor als Hauptabnehmer verpflichtet wird (Bria et al., 2025).
- Die öffentliche Finanzierung von F&E kann mit der Erleichterung der Marktentwicklung durch vorbereitende oder vorausschauende Produktregulierung und allgemein durch Marktzugangsregulierung kombiniert werden (Serentschy et al., 2024).

Im Grunde geht es bei einer modernen Industriepolitik darum, die Lücken in Abbildung 1 (repräsentiert durch die drei Punkte am jeweils untersten Ast) zu füllen und die politischen Maßnahmen so zu verbinden, dass Synergien entstehen. Abbildung 3 zeigt ein Beispiel für Synergien zwischen handelspolitischen F&E-Investitionen, öffentlichem Auftragswesen und Marktzugang.

4. EuroStack als Beispiel für eine moderne Industriepolitik im digitalen Bereich

Im September 2024 veranstaltete das Europäische Parlament eine Konferenz *Toward European Digital Independence*, auf der der Begriff *EuroStack* entstand. In der Folge

Abbildung 3. Moderne synergetische Industriepolitik.



Quelle: Eigene Darstellung.

wurden mehrere Papiere veröffentlicht, die alle die strategische Notwendigkeit einer europäischen Alternative für den digitalen Technologie Stack betonten. Dahinter steht die Sorge, dass die enorme Auslandsabhängigkeit Europas in über 80 % des digitalen Stacks Schwachstellen und Risiken für die Wettbewerbsfähigkeit Europas schafft, zur Auferlegung unerwünschter Regeln, geringerer Widerstandsfähigkeit, Marktdominanz und sogar zur Unfähigkeit führt, die Demokratie in der EU zu schützen.

Wie oben skizziert, ist die EuroStack Studie eine politisch-ökonomische Analyse mit einer Reihe von Empfehlungen, die für eine moderne industrielle EU-Digitalpolitik plädieren. Die Autoren des vorliegenden Artikels haben zur EuroStack Studie substantiell beigetragen (Bria et al., 2025).¹⁰ Die Studie befasst sich mit den Ebenen des Stacks, den Akteuren, der industriellen Dynamik und der öffentlichen Politik. In vielen Fällen wird eine Ebene von außereuropäischen Unternehmen, oft *Big Tech*, dominiert. Diese verfolgen zudem Unternehmens-

strategien, um mehrere, wenn nicht alle, Schichten des Stacks zu beherrschen. Microsoft beispielsweise bindet die neuesten KI-Chatbots eng in sein Windows-Betriebssystem, sein MS365-Office und seine Azure-Cloud ein und investiert gleichzeitig massiv in Nuklearenergie als Energiequelle, mit der die eigenen Rechenzentren betrieben werden. NVIDIA bewegt sich von KI-Chips zu einer kompletten Programmierungsumgebung sowie zu eingebetteter KI, Geräten und Robotik. Elon Musks Unternehmen kombinieren X (ehemals Twitter) als Social-Media-Plattform, xAI und Grok als KI, SpaceX als Weltraumunternehmen, das innovative Launcher Technologien und Satellitenkonnektivität (Starlink) umfasst, Tesla als vernetzte und selbstfahrende Fahrzeuge, Optimus für Robotik, Neuralink für Gehirn-Computer-Schnittstellen und das Supercomputing- und Datenzentrum Colossus. Alibaba expandiert von seiner E-Commerce-Plattform und seinen Finanzdienstleistungen in die Bereiche Cloud, KI-Infrastruktur und Smart-Geräte. Huawei ver-

¹⁰ Die vollständigen Ergebnisse der Studie *EuroStack - Eine europäische Alternative für digitale Souveränität* (Bria et al., 2025) sind aufrufbar unter <https://doi.org/10.11586/2025006>.

fügt über ein riesiges Produktportfolio, das sich von seinen Ursprüngen in der Telekommunikation entwickelt hat und seine Chips, Cloud-KI, vernetzten Fahrzeuge, die Digitalisierung der Industrie und Smart-City-Plattformen integriert. Chinesische Unternehmen haben auch einen privilegierten Zugang zu den von China dominierten Lieferketten für kritische Materialien. Folglich ist die Geopolitisierung nicht mehr auf eine einzelne Schicht des Stacks beschränkt.

Dementsprechend beabsichtigt EuroStack, das gesamte politische Instrumentarium zu mobilisieren, um die digitale strategische Autonomie in wirtschaftlicher, sicherheitsrelevanter und geopolitischer Hinsicht zu erhöhen. Einige Beispiele dafür:

- Führende europäische Telekommunikationsunternehmen streben eine führende Rolle bei KI-Gigafabriken an und beabsichtigen, in großem Umfang auf NVIDIAS KI-Chips zu bauen. Als ergänzende Maßnahme schlägt EuroStack vor, dass sie in die EU-Chips-Act-Initiativen investieren, um in Zukunft einen alternativen Anbieter von KI-Chips zu haben und die digitale Souveränität der EU zu fördern.
- Die EU und die EU-Mitgliedstaaten investieren in erheblichem Umfang in die Forschung und Entwicklung von Quantentechnologien, einschließlich der Quantenschlüsselverteilung (QKD). Während QKD-Ausrüstung der nationalen Sicherheit nahe steht – ein ausschließliches Mandat auf nationaler Ebene – kann laut EuroStack einer Fragmentierung des EU-Binnenmarktes vorgebeugt werden, indem eine EU-weite Zertifizierung oder die gegenseitige Anerkennung nationaler Zertifizierungen im Binnenmarkt vorbereitet wird.
- EuroStack zeigt europäische Cloud-Alternativen auf und erachtet es für möglich, dass diese einen markanten Aufschwung erleben könnten, wenn sie durch eine Bevorzugung in der öffentlichen Beschaffung in Europa unterstützt werden. Eine *Europe-First*-Politik könnte mit der Notwendigkeit begründet werden, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarktes oder sogar die nationale Sicherheit besser zu gewährleisten.

Während eine solche moderne Industriepolitik für Europa der einzig sinnvolle Weg nach vorne zu sein scheint, sollte EuroStack zu gegebener Zeit auch den Beweis erbringen, dass die Absicht, Synergien zu schaffen,

das Versprechen von mehr Wirkung und größeren Chancen zur Verbindung wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Bestrebungen einhält; das heißt, dass die Messung und Überwachung der digitalen strategischen Autonomie ein politisches Muss geworden ist.

5. Schlussfolgerungen und Ausblick

In einer Welt zunehmender geopolitischer Spannungen und Disruption durch neue Technologien, in der traditionelle Wirtschafts- und Wertesysteme und geografische Grenzen bedroht sind, durchläuft die Industriepolitik einen rasanten Wandel, um agiler und geopolitisch wirksamer zu werden, sich auf Schlüsseltechnologien zu konzentrieren und mehrere Instrumente aus dem Werkzeugkasten der politischen Entscheidungsträger synergistisch einzusetzen. China und die USA sind bereits auf diesem Weg, während die EU bestrebt ist, rasch aufzuholen.

Die EU befindet sich jedoch in einer schwierigen Lage, da sie insbesondere bei den digitalen und militärischen Technologien ein erhebliches Defizit auf der Angebotsseite aufweist und ihre Industriepolitik einer Vielzahl von politischen Zielen gerecht werden muss (Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Demokratie, Umwelt). Hinzu kommen die komplexe interne Politikgestaltung der EU und die suboptimalen institutionellen Arrangements, bei denen eine Vereinfachung und eine neue Ordnungspolitik überfällig sind, sowie die EU-internen politischen Divergenzen.¹¹ Dennoch hat die EU auch Stärken, auf denen sie aufbauen kann, wie z.B. ihren großen Binnenmarkt mit 450 Mio. Verbrauchern, ihre umfassenden Kompetenzen in den Bereichen Regulierung und Diplomatie, ihre starke Forschungs- und Innovationsbasis und ihr relativ positives Image in der Welt, da sie keine hegemoniale Dominanz anstrebt.

Es besteht auch ein großer Bedarf an mehr theoretischer Arbeit. Wir haben bisher nur begrenzte Einblicke in die Geoökonomie (Clayton et al., 2025; Mohr und Trebesch, 2024), die Wirksamkeit von Kombinationen politischer Instrumente und – was besonders wichtig ist – die Merkmale von Interdependenzen in globalen Wirtschaftssystemen, z.B. von komplexen Lieferketten in High-Tech-Sektoren wie Halbleiter oder KI.

EuroStack als ehrgeiziger Vorschlag zur Förderung einer europäischen Alternative für digitale Souveränität schafft den Raum für die EU, eine Führungsrolle in der modernen synergetischen Industriepolitik zu übernehmen.

¹¹ Diese Divergenzen werden durch unterschiedliche politische Präferenzen der Mitgliedstaaten ausgelöst.

Referenzen

- Aggarwal, V. K. & Reddie, A. W. (2018). Comparative industrial policy and cybersecurity: the US case. *Journal of Cyber Policy*, 3(3), S. 445–466.
- Aiginger, K. & Rodrik, D. (2020). Rebirth of Industrial Policy and an Agenda for the Twenty-First Century. *Journal of Industry, Competition and Trade*, 20(2), S. 189–207.
- Art, R. J. & Jervis, R. (2016). *International Politics: Enduring Concepts and Contemporary Issues* (13. Auflage). Boston: Pearson.
- Bianchi, P. & Labory, S. (2020). European Industrial Politics: A Comparative Perspective. In A. Oqubay, C. Cramer, H.-J. Chang & R. Kozul-Wright (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Industrial Policy* (S. 593–620). Oxford: Oxford University Press.
- Bickerton, C., Brack, N., Coman, R. & Crespy, A. (2022). Conflicts of sovereignty in contemporary Europe: a framework of analysis. *Comparative European Politics*, 20(3), S. 257–274.
- Biersteker, T. J. (2012). State, Sovereignty, and Territory. In W. Carlsnaes, T. Risse, & B. A. Simmons (Hrsg.), *Handbook of International Relations* (S. 245–272). London: SAGE Publications Ltd.
- Bloomberg. (2023). China lifts trade barriers it imposed on Lithuania. *Taipei Times*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.taipeitimes.com/News/taiwan/archives/2023/11/30/2003809931>.
- Bounds, A. (2021). Lithuania complains of trade 'sanctions' by China after Taiwan dispute. *Financial Times*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.ft.com/content/0ebaa7c7-761d-445e-b3e4-f5d2c9b4768f>.
- Bradford, A. (2020). *The Brussels Effect: How the European Union Rules the World*. New York: Oxford University Press.
- Bria, F., Timmers, P. & Gernone, F. (2025). *EuroStack - A European Alternative for Digital Sovereignty*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Clark, S. (2025). Microsoft didn't cut services to International Criminal Court, its president says. *Politico*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.politico.eu/article/microsoft-did-not-cut-services-international-criminal-court-president-american-sanctions-trump-tech-icc-amazon-google/>.
- Clayton, C., Maggiori, M. & Schreger, J. (2025). *Putting Economics Back Into Geoeconomics*. Cambridge: National Bureau of Economic Research.
- Cohen, E. (2022). *Souveraineté industrielle. Vers un nouveau modèle productif*. Paris: Odile Jacob.
- Devarajan, S. (2016). Three reasons why industrial policy fails. *Brookings*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.brookings.edu/articles/three-reasons-why-industrial-policy-fails/>.
- Draghi, M. (2024). *The future of European competitiveness - A competitiveness strategy for Europe*. Luxemburg: Publications Office of the European Union.
- Europäische Kommission. (2020). *FDI Screening*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/en/content/fdi-screening>.
- Glasze, G., Cattaruzza, A., Douzet, F., Dammann, F., Bertran, M.-G., Bômont, C., Braun, M., Danet, D., Desforges, A., Géry, A., Grumbach, S., Hummel, P., Limonier, K., Münßinger, M., Nicolai, F., Pétiinaud, L., Winkler, J. & Zanin, C. (2022). Contested Spatialities of Digital Sovereignty. *Geopolitics*, 28(2), S. 1–40.
- Heritage Foundation (2023). *Project 2025 - Mandate for Leadership*. Washington: The Heritage Foundation.
- Klabbers, J. (2021). *International Law* (3. Auflage). Cambridge: Cambridge University Press.
- Lotz, Avery. (2025). Trump assails Spain over NATO defense spending target. *Axios*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.axios.com/2025/06/25/trump-spain-nato-spending-target-tariff>.
- Mohr, C. & Trebesch, C. (2024). *Geoeconomics*. Social Science Research Network.
- Neely, M. C. (1993). The Pitfalls of Industrial Policy. *Federal Reserve Bank of St. Louis*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.stlouisfed.org/publications/regional-economist/april-1993/the-pitfalls-of-industrial-policy>.
- Olcott, E., Liu, Q., McMorrow, R. & Waters, R. (2023). Microsoft to move top AI experts from China to new lab in Canada. *Financial Times*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.ft.com/content/d21d2f85-7531-4536-bcce-8ca38620fe55>.
- Rodrik, D. (2023). *Doing Economic Nationalism the Right Way*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.project-syndicate.org/commentary/east-asian-model-vindicates-economic-nationalism-by-dani-rodrik-2023-11>.
- Serentschy, G., Timmers, P. & Matinmikko-Blue, M. (2024). Toward Anticipatory Regulation and Beyond. In P. Ahokangas & A. Aagaard (Hrsg.), *The Changing World of Mobile Communications: 5G, 6G and the Future of Digital Services* (S. 221–251). Cham: Palgrave Macmillan.
- Carlisle, M. (2025). International Criminal Court faces "existential threat from the United States" - ICC President. *The Left in the European Parliament*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://left.eu/international-criminal-court-faces-existential-threat-from-the-united-states/>.
- Timmers, P. (2021). *Debunking Strategic Autonomy*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://directionsblog.eu/debunking-strategic-autonomy/>.
- Timmers, P. (2022). Strategic Autonomy - Tech Alliances. *FEPS Strategic Autonomy Series*.
- Timmers, P. & Dezeure, F. (2021). Strategic Autonomy and Cybersecurity in the Netherlands. *Cyber Security Council*.
- White, E., & Liu, N. (2025). Chinas verschärfte Exportkontrollen erzwingen ein breiteres Angebot an Seltenen Erden. *Financial Times*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.ft.com/content/13d18620-d3d8-417e-b7fb-40d97fc064bf>.
- White, E. & Leahy, J. (2025). China arms itself for more export control battles. *Financial Times*. Abgerufen am 30. Juni 2025 von <https://www.ft.com/content/96663612-a1dd-41a8-829b-f2c0a562b9ab>.

Modern Synergistic Industrial Policy and the EuroStack

Industrial policy is undergoing major re-appreciation and re-assessment. Under pressure of geopolitics and highly transformative disruptive technologies that threaten sovereignty, there is a need for a new form of industrial policy. This should combine, in a mutually reinforcing, synergistic way, policy interventions across multiple policy areas such as R&D, trade, market access, and preferential public procurement. It should be about economic strength and competitiveness and also about security, democracy, environmental, and social concerns. The need is acute and prominent for the EU in the digital area, as expressed by the quest for digital sovereignty or digital strategic autonomy which has become *Chefsache*. The EuroStack initiative is a recent response to this need and illustrates a modern synergistic digital industrial policy.

© Der/die Autor:in 2025. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).